

Initiative gegen die Kesb

Aktuell läuft die Unterschriftensammlung für die «Kesb-Initiative». Sie will die Kompetenzen der Behörde stark einschränken – um Hilfebedürftige sollen sich in erster Linie Familienangehörige kümmern.

Text: Lisa Stutz



PRO
Pirmin Schwander
SVP-Nationalrat,
Lachen SZ

Er ist der vehementeste Kesb-Kritiker des Landes und Mitinitiator der «Kesb-Initiative». 100 000 Unterschriften müssen bis November gesammelt werden, damit das Volk darüber abstimmen kann. «Wir gehen davon aus, dass wir die Unterschriften schaffen», hält Schwander fest. Seine Argumente gegen die Behörde: «Die Kesb entscheidet oft vom Schreibtisch aus, ohne die Betroffenen und ihr Umfeld wirklich zu kennen. Sie kann so über eine Person, ihren Aufenthaltsort und über ihr Vermögen bestimmen.» Eine Gefährdungsmeldung, die jeder anonym und kostenlos einreichen könne, genüge, um die Kesb auf den Plan zu rufen. Ein weiteres Problem: «Die Beweislast liegt bei den Betroffenen. Nicht die Kesb muss ihnen beweisen, dass sie ins Heim müssen oder ihnen das Kind weggenommen werden muss, sondern sie müssen das Gegenteil beweisen.» Die Kesb habe zu viel Macht. «Weit mehr Macht als alle anderen Behörden in diesem Land. Selbst ein Bundesrat hat nicht so viel Macht.»



KONTRA
Silvia Schenker
SP-Nationalrätin,
Basel

«In meinen Augen ist diese Initiative hochproblematisch», sagt Silvia Schenker. Statt dass sie Hilfebedürftige vor Missbrauch schütze, unterstütze sie die Verwandten. Die SP-Nationalrätin ist seit 2011 selber bei einer Kesb in der Abklärung des Erwachsenenschutzes tätig und findet: «Die Initianten haben ein falsches Bild von dem, was in der Realität abläuft.» Denn da komme es oft vor, dass Verwandte nicht ausreichend für die Betroffenen sorgen können oder sie gar finanziell ausnutzen. «In vielen Fällen ist eine Beistandschaft innerhalb der Familie richtig und wichtig. Wir greifen schon heute nur dort ein, wo das nicht möglich ist.» Massnahmen würden ausschliesslich dann verfügt, wenn die private Hilfe nicht funktioniere. Sie wolle damit nicht sagen, dass stets alle Entscheide richtig seien. Als Kesb-Mitarbeitende müsse man immer reflektieren und sich fragen, ob man einen Fehler gemacht habe. Alles in allem leiste die Kesb aber gute Arbeit. «Ein Ja zu der Initiative verhindert, dass Menschen vor Missbrauch geschützt werden.»

Bilder: Marco Zanoni, PD, Boerje Mueller

Anzeige

Für Gelenkbeschwerden und Verletzungen

Dr. Schüssler Salze

Verstauchungen

Gelenkbeschwerden

Knochenbrüche

Selomida[®]
Gelenke

OMIDA

Erhältlich in Apotheken und Drogerien.
Dies ist ein zugelassenes Arzneimittel. Lesen Sie die Packungsbeilage. Omida AG, Wössnach, am Rigi.